

Neue Berufsprofile im französischen Beschäftigungsprogramm

Der französische Ministerrat hat am Mittwoch auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause das von Sozialministerin Martine Aubry vorgelegte Beschäftigungsprogramm für junge Stellensuchende beraten. Es sieht in den kommenden drei Jahren die Schaffung von 350 000 Vollzeit- Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst vor. Als Arbeitgeber sind die Gebietskörperschaften, Staatsunternehmen, die Betreiber des sozialen Wohnungsbaus sowie gemeinnützige Institutionen vorgesehen. Bewerbungen können sich Arbeitssuchende unter 26 Jahren sowie, sofern sie noch kein Arbeitslosengeld bezogen haben, auch 26 bis 29 Jahre alte Arbeitswillige.

Der Gesetzentwurf sieht die Schaffung von einjährigen privaten Arbeitsverträgen vor, die fünfmal verlängert werden können. Grundsätzlich ist aber auch der Abschluss länger laufender Arbeitsverträge möglich. Die Regierung strebt die Schaffung nutzbringender Arbeitsplätze an, die den jungen Menschen Aussichten auf beruflichen Aufstieg bieten. Die Hoffnung ist, dass viele Stellen nach fünf Jahren in dauerhafte Arbeitsbeziehungen umgewandelt werden.

Mit Hilfe des neuen Programms sollen Dienstleistungen angeboten werden, die bisher weder der öffentliche Dienst noch die private Wirtschaft in ausreichendem Maße erbringen. Sozialministerin Aubry hatte in den vergangenen Wochen Fachleute gebeten, sich Gedanken über den sinnvollen Einsatz neuer Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst zu machen. Das Ergebnis ist eine Liste von 22 neuen Berufsbildern.

So erwägt man die Einstellung von Personal im Schulwesen für den Nachhilfeunterricht oder als Sicherheitskräfte auf Schulhöfen. Im Justizwesen könnten Stellen zur Betreuung von Strafgefangenen, die vor ihrer Rückkehr in das bürgerliche Leben stehen, geschaffen werden. Eine andere Idee ist, im sozialen Wohnungsbau junge Leute als Hausmeister einzustellen. Sie sollen sich nebenher darum kümmern, dass Reparatur- und Erneuerungsarbeiten in den Wohnungen besonders Hilfsbedürftiger ausgeübt werden. In den Polizeikommissariaten soll zusätzliches Personal für eine freundliche Begrüßung der Besucher sorgen. Als neuer Beruf wurde auch der sogenannte Vermittler („agent de médiation“) entwickelt, der Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Parkhäusern, Supermärkten und vor Schulen verhindert.

In der Praxis können sich von Herbst an interessierte öffentliche Arbeitgeber an die Präfekten wenden, um sich Einstellungen nach dem neuen Programm genehmigen zu lassen. Das soll den Subventionsmissbrauch verhindern, denn die Regierung will die Schaffung der Arbeitsplätze großzügig unterstützen. Sie ist bereit, den öffentlichen Arbeitgebern 80 % des Mindestlohns (Smic) zuzüglich der Nebenkosten zu erstatten. Dies entspricht einem Zuschuss von 7728 Franc (2 290 DM). Die neuen Arbeitsplätze müssen mindestens mit dem Mindestlohn vergütet werden. Das Innenministerium hat die Einstellung von 8 500 Personen für Hilfsdienste der inneren Sicherheit („adjoints de sécurité“) angekündigt.

Die Ausgaben des Programms für die Staatskasse in den kommenden Jahren werden auf 30 bis 35 Milliarden Franc, umgerechnet 9 bis 11 Milliarden DM, geschätzt. In den verbleibenden Monaten des Jahres 1997 erwartet die Regierung die Schaffung von 30 000 neuen Arbeitsplätzen. 1998 sollen 120 000 Stellen und in den Jahren 1999 und 2000 jeweils noch einmal 100 000 Arbeitsplätze hinzukommen. Staatspräsident Jacques Chirac hat unterdessen die Bereitschaft der Regierung gelobt, gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen, ließ aber auch Vorbehalte gegenüber einer massiven Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst erkennen.

Nach: Frankfurter Allgemeine Nr. 193 vom 21.08.1997

